



Das letzte Wort ist noch nicht gesprochen!

Am Donnerstag, dem 28. Februar 1974, stimmten in der Gesamtschule 17 Stadtverordnete der Mörfelder SPD und 3 Mörfelder FDP-Stadtverordnete für ein Zusammenlegen von Mörfelden und Walldorf; für eine Stadt, die einmal 40.000 bis 50.000 Menschen zählen soll.

Gegen die Fusion stimmten die 4 Stadtverordneten der DKP-Mörfelden. Stadtverordneter Feutner (FDP) enthielt sich der Stimme. Die Mörfelder CDU-Stadtverordneten, die sich grundsätzlich für eine Fusion aussprachen, stimmten dagegen, weil sie angeblich wegen des Zusammenlegungstermins Bedenken haben. Offensichtlich haben sie aber den nächsten Wahltag im Auge. Die SPD-, FDP- und CDU-Stadtverordneten von Walldorf stimmten geschlossen für eine Fusion. Gegen eine Befragung der Bürger vor einem Zusammenlegen der Städte Walldorf und Mörfelden stimmten alle Abgeordneten der SPD, FDP und CDU.

Die Erklärung der DKP-Fraktion wurde in der Tagespresse nur sehr verstümmelt und entstellt wiedergegeben. Für alle unsere Leser bringen wir sie deshalb heute im Wortlaut.

Der Tag nach Aschermittwoch

Am Aschermittwoch kam auch für die Mörfelder das Ende der tollen Tage. Die Demaskierung von SPD, CDU und FDP, erfolgte aber erst am Donnerstagabend. Besonders die Frage der Bürgerbefragung wurde zu einer argen Blamage für diese Parteien. Dieser wohl demokratischste Akt den man sich vorstellen kann, wurde mit wenig glaubhaften Begründungen gegen die Stimmen der DKP abgelehnt. Statt dessen wurde die Fusion über die Köpfe der Bevölkerung hinweg beschlossen.

Ein nochmals von der DKP eingebrachter Antrag auf Bürgerbefragung wurde von FDP-Schmidt zynisch kommentiert: „Jetzt ist die Fusion beschlossene Sache. Ob eine Bürgerbefragung jetzt positiv oder negativ ausfällt, hat auf den Gang der Dinge keine Wirkung mehr.“ Spätestens hier war den meisten Zuschauern klar geworden, was sie von der „freien“, „christlichen“- und „sozialen“ „Demokraten“ in Sachen Demokratie zu halten haben.

Nach der Abstimmung über die Fusion gab uns ein alter Mörfelder ein Rätsel zum Abdruck.

Gesucht werden 16 Buchstaben:
**„Wer hat uns verraten,
!“**

Antikommunismus statt Argumente

Punkt 5 der Tagesordnung der gemeinsamen Sitzung der Stadtparlamente Mörfelden und Walldorf lautete: Zusammenlegung der Städte Mörfelden und Walldorf und Namensgebung. Die Fronten waren lange vorher abgesteckt und allen bekannt. Die DKP war strikt gegen die Fusion, während die anderen Parteien mit unterschiedlicher Begründung dafür waren. Anstatt nun aber diese Befürwortung der Zusammenlegung sachlich zu begründen, und durch eine Bürgerbefragung zu untermauern, beschränkten sich diese Parteien darauf, in mehr oder weniger plumper Form gegen die DKP zu wettern. Noch bevor der Redner der DKP (er sprach als vierter) das Wort erhielt, hatten sich seine Vorredner schon gegenseitig darin überboten, ihn madig zu machen.

Dies bewahrte sie allerdings nicht davor, von der anwesenden Zuschaueremenge mit Mißfallensäußerungen und Zwischenrufen eingedeckt zu werden. Der Sprecher der DKP-Fraktion wurde oft von Beifall unterbrochen. Nicht, weil die Zuschauer Kommunisten waren, sondern weil die DKP die Interessen der Bevölkerung vertritt.

Schwache Leistung

Es ist halt doch unangenehm, wenn man aus der Ruhe gestört wird. Noch dazu, wenn man diese Ruhe dringend braucht. Man wird dann meistens sehr nervös. Insbesondere der Mörfelder SPD und FDP geschah dieses, als sie in aller Ruhe und ohne großes Aufsehen den Zusammenschluß mit Walldorf beschließen wollten und sich durch die DKP gestört sahen.

Da man die DKP-Argumente schlecht widerlegen konnte, mußten die alten Vorbehalte vieler Bürger gegen eine kommunistische Partei aus der Mottenkiste gezerrt werden. Es war schon lustig (und lehrreich), zu sehen, wie ein Redner nach dem anderen zum Rednerpult schritt, weniger, um die Notwendigkeit der Fusion zu begründen, sondern der kommunistischen Fraktion mit mehr oder weniger scharfen Worten eins auszuwischen. Hier tat sich besonders Roland Rothenstein (der rasende Roland) hervor, von dem man solches wirklich nicht erwartet hätte. Auch Bernhard Brehl, früher angeblich „linker“ Jusos, heute in der Laufbahn

etwas weiter oben, drosch antikommunistische Platttheiten bis er unter einer Welle von Zwischenrufen den (schwarzen) Faden verlor.

Stadtverordnetenvorsteher Oeser bot eine besonders schwache Leistung. Fahrig und erregt begann er von der „freiheitlich-demokratischen“ Grundordnung zu predigen. Ihm viel nichts Besseres ein, als dem Stadtverordneten Schaffner (DKP) lauthals anzubieten, sein Mandat abzugeben. Nach Ende der hitzigen Debatte beschwor er dann die Anwesenden, die aufgerissenen Gräben wieder zu schließen (hier kam ihm wieder der Pfarrer durch). Alles in allem muß man natürlich Verständnis für die nervösen Fusions-Befürworter haben. Sie spürten, daß die DKP hier die Interessen der Bevölkerungsmehrheit vertrat. Und viele Zuschauer merkten erstmals, es ist schon gut, wenn ein paar „Hechte im Karpfenteich“ sitzen.

„Wahrheitstreue“

In der „Frankfurter Neue Presse“ 2. März 1974 konnte man folgendes lesen: „Die DKP führte durch Erich Schaffner mit viel Pose den Angriff gegen die Fusion, was ihm den Zwischenruf ‚Du Schauspieler‘ eintrug (er ist Schauspielleve).“ Dies ist wieder einmal ein Meisterstück der Verdrehung durch den CDU-Haus-Journalisten K.H. Kubbe. Zur Richtigstellung: Der fragliche Zwischenruf fiel während der Diskussion um den DKP-Antrag auf Durchführung einer Bürgerbefragung und bezog sich auf die diesbezüglichen Ausführungen des FDP-Stadtverordneten Rudolf Schmidt (Schmidt-Schnauze) der diese ablehnte. Eine über die unverständliche Haltung Schmidts mit Recht erboste parteilose Zuschauerin aus Mörfelden rief dem Redner zu: „Ihr seid doch alles Schaussteller!“



Warum wir gegen die Fusion sind

Erklärung der DKP-Fraktion

Ein starkes Stück — anders kann man es nicht nennen. In einer Blitzaktion wollen die Mörfelder Sozialdemokraten und die FDP unsere Stadt mit Walldorf zusammenlegen. Die Fusion ist zwar schon seit geraumer Zeit im Gespräch, aber noch lange nicht ausdiskutiert. Daß schon heute der Beschluß darüber gefaßt werden soll, davon weiß die Bevölkerung kaum. Drei Zeilen in den Zeitungen, das war alles. Um zu erschweren, daß vielleicht trotzdem einige Bürger zusehen, wie in aller Stille ein Schlußstrich unter die Geschichte des selbständigen Mörfeldens gezogen wird, hat man die Sitzung „weit ins Feld“ gelegt.

Doch damit nicht genug: wer will schon während der tollen Tage seinen Kopf mit der Zusammenlegung belasten? Also wird der Termin auf den Tag nach Aschermittwoch gelegt, auf daß keiner Lust hat, noch initiativ zu werden. Taktisch geschickt, meine Herren. Doch es gibt ja zum Glück noch eine DKP-Fraktion im Parlament von Mörfelden. Und einen „blickpunkt“. Ohne uns könnte man die Zahl derer, die außer den Parlamentariern und der Verwaltung in Mörfelden etwas von der Wichtigkeit des heutigen Termins wüßten, an den zehn Fingern abzählen. Ich übertreibe nicht erheblich. Während sonst jede Kleinigkeit, die beschlossen werden soll, endlos in den Ausschüssen des Stadtparlaments breitgewalzt wird, wurde diese einschneidende Angelegenheit nur kurz durch einen Ausschuß gejagt. Die Eile ist verdächtig.

Fusion bringt keine Vorteile

Wer sich derart beeilt, der scheint etwas verbergen zu wollen. Wenn uns die Fusion mit Walldorf so tolle Vorteile bringen soll, dann kann man doch die Bevölkerung informieren, dann braucht man doch in einem Flugblatt an die Bevölkerung nicht zu verschweigen, daß heute darüber abgestimmt werden soll, ob Mörfelden selbständig bleibt oder nicht. Es müßte doch einen Riesenspaß machen, der Einwohnerschaft zu sagen: wir beschließen heute über einen Schritt, der die und die und die Vorteile für euch bringen wird. Aber nichts von alledem geschieht. Kein Wunder. Der SPD sind schon seit einiger Zeit die



Stadtverordneter Erich Schaffner gab für die DKP die Stellungnahme ab

Argumente ausgegangen. Auf unsere Fragen nach den Vorteilen, die die Fusion der Bevölkerung bringen soll, hörten wir immer nur: ihr habt ja bloß Angst um eure Parlamentssitze. Würden wir nicht im Parlament sitzen, dann wüßten die Mörfelder nichts von der Heimlichkeit und dem schlechten Gewissen der SPD. Dann würde heute in aller Stille die Fusion beschlossen.

Das zeigt, daß unsere Losung während des Kommunalwahlkampfes: „Hechte müssen in den Karpfenteich“, richtig war. — Aber über die Vorteile, die eine Fusion bringen soll, da schweigen sie sich aus. Vielleicht liegt das daran, daß es keine gibt.

Auch die Freien Demokraten haben ein schlechtes Gewissen. Wissen doch auch sie, daß die Mörfelder Bevölkerung dagegen ist, zu fusionieren. Darüber kann auch die mikroskopische Befragung von 75 Mörfeldern nicht hinwegtäuschen. Sogar der hochverehrte Ludwig Feutner, der noch vor 14 Tagen alle Welt gegen die Fusion mobilisieren wollte, scheint klein beigegeben zu haben.

Die Demagogie der CDU

Die CDU bezieht keinen klaren Standpunkt. Darüber braucht man sich nicht zu wundern, denn andernorts, wo die

CDU am Ruder sitzt, werden Regionalreformen und Gemeindezusammenlegungen wesentlich rigorosier durchgeführt als hierzulande. Sie hat ja auch keine Alternative anzubieten. Ich komme noch darauf zurück.

Wem schadet die Fusion?

Wir haben die Einbeziehung in den Umlandverband abgelehnt mit der Begründung:

- Nachteile für die Bürger durch geringere Überschaubarkeit der Verwaltung;
- Verlagerung der Entscheidungen in Bereiche, die der Bürger schlechter erreichen kann;
- weniger Abgeordnete, damit weniger Demokratie;
- Abbau der kommunalen Selbstverwaltung;
- Vergrößerung der Gefahr unsozialer Strukturplanung usw.

Wie steht es mit der Fusion? Auch sie bringt:

- geringere Überschaubarkeit;
- längere Wege der Bürger zur Verwaltung;
- weniger Abgeordnete im gemeinsamen Parlament und dadurch Demokratieabbau;
- größere und teurere Verwaltungsapparate;
- außerdem ist zu erwarten, daß mit der Zusammenlegung höhere Gebühren auf uns zukommen.

Man kann also sagen: was der Umlandverband im Großen an Nachteilen bringt, das bringt die Fusion im Kleinen. Wer den Umlandverband ablehnt, weil er den Bürgern nichts nützt, aber gleichzeitig die Fusion vorantreiben will, der macht sich unglaubwürdig.

Augenwischerei

Landrat Blodt wollte vor einigen Monaten erzählen, der Beitritt zum MZPV könnte uns vor der Regionalstadt bewahren. Heute gibt es einige, die wollen glauben machen, durch schnelle Zusammenlegung könnten wir unsere Einbeziehung in den Umlandverband verhindern, die Illusionen verbreiten, wir würden dann ein größeres Gewicht in die Waagschale werfen und vielleicht ungeschoren davonkommen. Dieses Kartenhaus ist spätestens zusammen-

gefallen, als der Frankfurter Oberbürgermeister, unser aller Freund Rudi Arndt, die Einbeziehung der Stadt Hanau in den Umlandverband forderte. Wer so etwas verbreitet, der betreibt Augenschere.

Wenn wir vielleicht vorerst verschont bleiben, nach der nächsten Landtagswahl käme der Umlandverband für das fusionierte „Wallfelden“ ganz bestimmt. Machen wir uns nichts vor. Bielefeld wollte ein bereits fusioniertes „Wallfelden“ in den Umlandverband einbeziehen, ungeachtet der Einwohnerzahl. Er hat keinen Grund, das nicht zu tun, außer der ablehnenden Haltung der Bevölkerung, die aber in einem fusionierten „Wallfelden“ ebenso ablehnend wäre, wie sie es heute in Mörfelden und Walldorf ohnehin schon ist.

Durch eine Fusion kommt nicht mehr Geld in die Stadtkasse

Eine Illusion ist es ebenfalls, anzunehmen, mit der Fusion könnte die chronische Finanznot beseitigt werden. Diese Finanznot hat ihre Ursachen anderswo. Wir Kommunisten haben das des Öfteren klar gesagt und die Bevölkerung, zumindest von Mörfelden, dürfte das wissen. Von der Finanznot sind fast alle Städte und Gemeinden gleichermaßen betroffen, unabhängig, wie groß die Einwohnerzahl ist. Dies läßt sich nur beseitigen, wenn in Bonn die Weichen anders gestellt werden. Aber Bonn ist weit. Wenn man nicht laut schreit, wird man dort nicht gehört.

Die Fusion bringt aber noch ein weiteres Minus. Nämlich ein Minus an Lebensqualität. Es gibt einen Grund, der für eine Fusion spricht: wenn man nämlich zwischen Mörfelden und Walldorf alles zubauen will, wenn man einen neuen „modernen“ Stadtteil aus dem Boden stampfen will, dann empfiehlt es sich tatsächlich, vorher die verwaltungsmäßigen Voraussetzungen dafür zu schaffen. Ob das allerdings die Lebensqualität der hier in unserem Raum wohnenden arbeitenden Bevölkerung einschneidend verbessern würde, das wage ich anzuzweifeln. Wir leiden schon jetzt an dem immer größer werdenden Verkehr auf unseren Straßen, immer mehr Erholungsgebiet verschwindet auf Kosten des Straßen- und Autobahnbaus. Nehmen wir an, in das Gebiet des Planungsabschnittes Steinweg Nord II kommen zirka 5000 Einwohner. Nehmen wir an, pro Familie ein Auto. Das wären rund 1000 Autos mehr auf unseren Straßen. — Wo sollen die hin?

Zubauen ist keine Lösung!

All die Probleme, die mit der Bebauung der Fläche zwischen Mörfelden und

Walldorf auf uns zukommen zu besprechen, wäre abendfüllend. Nur soviel sei gesagt: in einem Ballungsraum wie dem unseren, in dem man schon jetzt zu ersticken droht, noch die letzten freien Flächen zu bebauen, das grenzt nach unserer Meinung an ein Verbrechen. Warum kann man nicht die in nächster Zeit notwendigen sozialen Einrichtungen wie Hallenbad, Ärztehaus, Kindergärten inmitten eines schön gestalteten wilden Parks stellen, der den alten und jungen Einwohnern der beiden Städte zur Erholung und Gesundheit dient? Hier können auch die von der SPD entdeckten Bedürfnisse nach Kleingärtnerei realisiert werden.

Es zeigt sich, daß zwischen Fusion und weiterer Bebauung ein Zusammenhang besteht, den am allerwenigsten die leugnen können, die sich für die Fusion einsetzen; denn die wollen auch bebauen. Und noch etwas muß an dieser Stelle einmal gesagt werden: wenn ich mir das Betongebirge im Parothchen ansehe und fahre etwas weiter, dorthin, wo früher Buchen und Kiefern standen, heute Bungalows für ein paar Geldleute stehen, dann bekomme ich Angst, wenn ich daran denke, daß vielleicht einmal die Väter dieser Schande über heutiges Mörfelder Gebiet mitzubestimmen haben werden.

Im ganzen Bundesgebiet werden Bewohner angeworben

Mit riesigen Anzeigen, über die alte Walldorfer nur lachen können, lockt man die Leute aus den Großstädten in die Bewobau-Siedlung. „Walldorf — eine schöne Wohnstadt für Frankfurter — Weit über 1000 Frankfurter Bürger leben hier schon in Bewobau-Häusern — 336 glückliche Familien. Warum wollen Sie nicht dazu gehören? — Hier macht das Wohnen sofort Spaß. Alle Straßen und den großen Kinderspielplatz haben wir bereits gebaut und wir haben an den Umweltschutz . . . gedacht. Der Waldbestand konnte weitestgehend erhalten werden. — Hier ist die Umwelt noch in Ordnung.“

In Frankfurt läßt die SPD unter Polizeischutz Wohnraum zerstören zugunsten der Spekulanten und Banken — die „glücklichen Familien“ werden dann in die letzten freien Flächen auf unserer Gemarkung gepfropft. Da machen wir nicht mit.

Ist man ein „Kirchturmpolitiker“ wenn man dagegen ist?

Man hat den Gegnern der Zusammenlegung unserer beiden Städte in der letzten Zeit vorgeworfen, sie wären engstirnig, rückständig, sie würden nicht über den eigenen Kirchturm hinaus-

denken. Wir meinen engstirnig ist der, der nicht nach den Ursachen einer Entwicklung fragt; rückständig, wer sich noch immer nicht am Wohl der arbeitenden Bevölkerung orientiert, wer die gegenwärtigen Besitz- und Machtverhältnisse aufrechterhalten will. Kirchturmpolitik betreibt der, der die Augen vor den größeren Zusammenhängen verschließt, der nicht sieht, warum auf einmal sogenannte Regionalreformen durchgeführt werden. Wenn wir Kommunisten darauf hinweisen, dann hören die wahren Kirchturmpoli-

Krebs

In hochindustrialisierten Gebieten tritt der Lungenkrebs häufiger auf als in anderen Regionen. Dies hat die eingehende Analyse der Krebstodesfälle in Los Angeles ergeben. Lungenkrebs waren in den drei Stadtgebieten, deren Luft am stärksten mit krebsauslösenden Kohlenwasserstoffen (wie Benzpyren) verschmutzt war, am häufigsten.

Durch die Berücksichtigung verschiedener für das Rauchverhalten der Bevölkerung wichtiger sozioökonomischer Faktoren konnte nachgewiesen werden, daß die in diesem Gebiet um rund 40 Prozent höhere Lungenkrebsrate nicht durch unterschiedliche Rauchgewohnheiten bedingt ist. Dieser Befund wird auch dadurch gestützt, daß andere durch das Rauchen geförderte Krebsarten, wie Kehlkopf-, Speiseröhren- und Blasenkrebs, nicht erhöht waren.

tiker weg, dann verbieten sie uns das Wort und sagen: das gehört nicht hierher. Regionalreform und Zusammenlegung passen nahtlos in das Konzept der CDU, das sie auf ihrem Parteitag in Düsseldorf 1965 unter dem Schlagwort „Formierte Gesellschaft“ zum Programm erhob. Ziel dieses Programmes ist der Abbau der Demokratie durch Zentralisierung und die völlige Aufhebung jeglichen Einflusses der bewußten arbeitenden Bevölkerung. Leider hat es die SPD bisher nicht gewagt, dieser Entwicklung etwas entgegenzusetzen. Im Gegenteil.

Umlandverband und Fusion dienen nicht den Interessen unserer beiden Städte, deren Einwohnern, sondern den Interessen anderer. ▶

▽ Ein Rathaus umsonst gebaut?

Zurück zu Mörfelden. Eine Frage sei mir noch gestattet: Wie will die Mörfelder SPD den Mörfeldern die Betonierung des Forstamtsgeländes erklären, wenn — wie sich jetzt erweist — das neue Rathaus, das noch nicht fertig ist, bereits durch die Fusion seinen Sinn verloren hat? Sie hat eine herrliche Grünfläche inmitten Mörfeldens geopfert, hat Unmengen von Geld hinausgeworfen, um nachher der Bevölkerung zu sagen: Das wäre nicht nötig gewesen. Das werden die Mörfelder so schnell nicht vergessen.

Noch etwas zum Thema Kirchturm. Es gibt in allen kleineren und mittleren Städten und Gemeinden gewisse historisch gewachsene gesellschaftliche Strukturen. Damit sind nicht die ökonomischen Strukturen gemeint. Insbesondere in Mörfelden haben diese Formen des Zusammenlebens und Zusammenwirkens noch eine recht große Bedeutung, die einem erst so recht bewußt wird, wenn sie nach und nach absterben. Ich meine damit zum Beispiel die Traditionen des Vereinslebens, des nachbarschaftlichen Zusammengehörigkeitsgefühls, des gegenseitigen Kennens und Helfens, der Arbeitersolidarität und vieles mehr. Diese Formen sind wichtige Garanten gegen ein Entwurzeln der Jugendlichen, gegen Kriminalität und auch gegen Geschäftemacherei und Bodenspekulation. Ich glaube nicht, daß es etwas mit Kirchturmpolitik zu tun hat, wenn wir an der Erhaltung dieser Strukturen interessiert sind.

Hier jetzt unsere Vorschläge für das weitere Verfahren:

1. Wir stimmen heute abend dagegen, jetzt zu fusionieren.
2. Wir orientieren auf eine Befragung der Bürger unserer Stadt.
3. Wir organisieren eine oder mehrere Bürgerversammlungen, auf denen die Frage der Fusion ausgiebig diskutiert werden sollte.
4. Wir diskutieren die Frage der Fusion in allen Ausschüssen der Stadtverordnetenversammlung und entscheiden uns nur dann für die Fusion, wenn sie von Vorteil für die Bürger sein sollte und wenn die Bürger sich dafür entscheiden.

Diese vier Punkte möchten wir zum Antrag erheben.

Das sind unsere Vorschläge, die wir von Anfang an vertreten haben. Daß sie nicht zur Kenntnis genommen wurden, das liegt daran, daß offensichtlich einige Leute Angst vor der Bürgerbefragung und der Diskussion haben. Wer davor

Angst hat, das hat der heutige Abend gezeigt.

Das sind unsere Vorschläge. So müßte verfahren werden, wenn wir unserer Verantwortung als Volksvertreter gerecht werden wollen.

Wer heute anders handelt, wer zum jetzigen Zeitpunkt für die Fusion stimmt, der handelt gegen das Wohl der Bevölkerung.

Für Zusammenarbeit

Zum Schluß möchte ich noch einmal betonen: Wir sind nicht gegen die Zusammenarbeit unserer beiden Städte. Aber nur da, wo es sinnvoll und nützlich ist. Mörfelden hat sich bis jetzt als durchaus lebensfähig erwiesen, wer etwa etwas anderes sagt, der lügt sich in die eigene Tasche. Also, im Interesse der Bürger, im Interesse der lebenswerten Zukunft der Kinder und Jugendlichen in unserer Stadt: Nein zur Fusion!

Die Würfel sind noch nicht gefallen

Der Fusionsbeschluß vom 28. Februar 1974 richtet sich gegen eine starke Mehrheit in der Bevölkerung. Die Mehrheit der Bevölkerung hat berechtigte Sorgen, daß hier im Ballungsgebiet bald eine Stadt entsteht, in der 40 bis 50.000 Menschen wohnen werden. Die Mehrheit will nicht, daß man bei uns alle Freiflächen zubaut. Ist mit dieser Abstimmung jetzt alles entschieden? Sind die Würfel gefallen? Nein! Das letzte Wort werden die Bürger haben.

Grundsätzlich sind Parlamentsbeschlüsse revidierbar und erst recht dieser Fusionsbeschluß ist stark revisionsbedürftig. Wir bleiben jedenfalls bei unserer Auffassung, daß die Mehrheit der Mörfelder Bürger gegen die Zusammenlegung der Städte eingestellt ist. Wenn uns die anderen Parteien daraufhin vorwerfen, daß wir mit dieser Meinung falsch liegen und die Mehrheit im Gegenteil für die Fusion wäre, dann müssen wir ernsthaft die Frage stellen: Warum in aller Welt wehren sich dann CDU, SPD und FDP mit Händen und Füßen gegen eine Bürgerbefragung zur Fusion? Mit scheinheiligen und durchsichtigen Argumenten versuchten sie zweimal den DKP-Antrag zur Bürgerbefragung abzulehnen und stimmten schließlich unter dem berechtigten Protest von den meisten der anwesenden-Zuschauer dagegen. Dies kann man nur so erklären, daß diese Parteien Angst vor der Wahrheit haben. Die Entwicklung geht weiter! Bis 1977 ist eine lange Zeit und beim jetzigen

Tempo der Entwicklung in diesem Gebiet dürfte manchem klar sein, was gespielt wird.

„Sie werden den Wind in der Hose haben“, drohte FDP-Schmidt mit Herbert Wehners Worten der DKP. Nun, man wird sehen. Eine Windhose kann ganz nützlich sein, sie hat schon manchen Plan durcheinander gebracht.

DKP gegen Erweiterung des Egelsbacher Flughafens

Zur Eingliederung von Flurstücken der Gemarkung Mörfelden in die Stadt Langen gab die DKP-Fraktion folgende Erklärung ab:

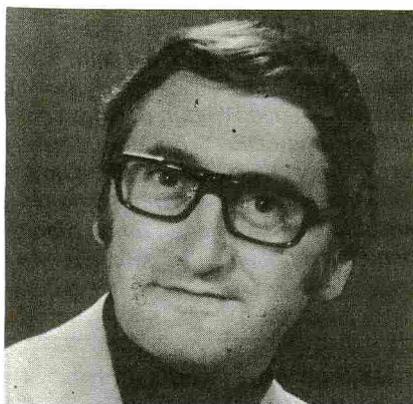
Falsche, nicht den Bedürfnissen der Bevölkerung dienende Maßnahmen erhöhen mit Gewalt die Einwohnerzahl in unserem Gebiet. Ballungsräume entstehen nicht zufällig, sie werden geschaffen. Aber die für die Gesunderhaltung der Menschen so bitter notwendigen Naherholungsgebiete werden immer mehr eingeschränkt. So steht die Eingliederung von Flurstücken der Gemarkung Mörfelden in die Stadt Langen in direktem Zusammenhang mit der Erweiterung des Egelsbacher Flughafens. Schon im Landesentwicklungsplan „Hessen 80“ steht geschrieben:

„Es ist beabsichtigt, diesen Flugplatz durch Ausbaumaßnahmen in die Lage zu versetzen, durch Übernahme der allgemeinen Luftfahrt sowie eines Teils des regionalen Luftverkehrs den Flughafen Rhein-Main zu entlasten.“

Durch riesige Kiesgruben, das schon oft kritisierte Munitionsdepot der Amerikaner, die Verschmutzung unserer Gräben und Bäche, eine noch breiter werdende Autobahn und durch den Flugbetrieb von Egelsbach aus, hat das Waldgebiet östlich und südöstlich von Mörfelden schon einen sehr abgeschwächten Erholungswert.

In den noch gut erhaltenen, westlich von uns gelegenen Wäldern, dröhnen dem Erholungssuchenden die großen, auf Rhein-Main startenden oder landenden Düsenriesen im Ohr.

Im Interesse der Bürger ist es deshalb unsere Pflicht, zu einem solchen Ansinnen der Landesregierung nein zu sagen.



Stadtverordneter Heinz Hechler gab für die Deutsche Kommunistische Partei die Erklärung zum Umlandverband ab.

Erklärung der DKP-Fraktion

In der gemeinsam erarbeiteten Ablehnung des Umlandverbandes sind wichtige und gute Gründe zusammengetragen worden, auf die im Einzelnen nicht mehr eingegangen werden muß. Darüber hinaus halten wir es jedoch für notwendig, daß einige grundsätzliche Dinge noch einmal gesagt werden, ja noch einmal beim Namen genannt werden. Wir Kommunisten können dabei schon etwas deutlicher werden, da wir auf niemanden in Wiesbaden Rücksicht nehmen müssen.

Wir brauchen nicht mit zwei Zungen zu reden.

Wir meinen:

Das zum Anhörungsverfahren, im Innenministerium, erarbeitete Papier enthält deutlich die Hilfslosigkeit der Verantwortlichen in der Landesregierung, die herangereiften Probleme im Interesse der Mehrzahl unserer Bevölkerung zu lösen.

Es genügt heute nicht mehr, die neuen Erfordernisse und Bedürfnisse zu beschreiben und daraus technisch-organisatorische Maßnahmen abzuleiten. Wer heute die Probleme wirksam angehen will, muß das Wesen der Konflikte offenlegen und den Hebel an der richtigen Stelle ansetzen.

Die richtige Stelle trifft das Bielefeld-Papier nicht.

Worin liegt das Problem?

Im Bielefeld-Papier ist richtig der gesellschaftliche Strukturwandel beschrieben.

Neue Bedürfnisse sind entstanden.

Diese Bedürfnisse, wie familiengerechte, preisgünstige Wohnungen, Bildungs- und Sporteinrichtungen, Nahverkehrslösungen, die den Arbeiterberufsverkehr deutlich vereinfachen, Erholungs-

und Freizeitzentren, Maßnahmen der Gesundheitsvorsorge etc. erfordern die großzügige Planung im Interesse der Bevölkerung.

Die Schranken, die solche Fragen fast unlösbar machen, lassen sich durch diese Gebietsreform nicht überwinden. Es werden im Gegenteil neue Barrieren aufgerichtet.

Eine vernünftige Strukturplanung setzt vor allem ein Bodenrecht voraus, das den Städten und Gemeinden eine kommunale Nutzung des Bodens, frei von Spekulationsinteressen ermöglicht. Dies durchzusetzen allerdings ist eine politische Aufgabe, die mit technischen Plänen nicht bewältigt werden kann. Darüber hinaus ist die Änderung der Finanzverfassung, wie sie Bielefeld nennt, wichtiger für die Städte und Gemeinden.

Durch die betriebene Gebietsreform kommt kein Pfennig mehr in die Städte- und Gemeindekassen. Aber gerade die Finanznot blockiert die Lösung wichtiger Gemeinschaftsaufgaben.

Bevor nicht entsprechend den Vorschlägen der DKP der Rüstungsetat um zunächst 15 Prozent gekürzt wird und in Bonn nicht andere Prioritäten in der Haushaltspolitik zugunsten der Städte und Gemeinden durchgesetzt werden, bleibt es bei der Finanznot, trotz Gebietsreform.

Auch ein einheitliches Konzept städtischer Entwicklungsplanung ist nur dann realisierbar, wenn die Bodenspekulanten verschwunden und die Finanzreform durchgesetzt sind.

Angesichts dieser Lage hilft die geplante Gebietsreform an keinem Brennpunkt weiter. Im Gegenteil, sie vertieft die Probleme. Sie vertieft sie, weil sie neben den ungelösten Fragen noch zum Abbau der Selbstverwaltung und zur Zerstörung demokratischer Grundlagen führt. Die DKP lehnt demnach die vorgeschlagene Gebietsneugliederung ab. Wir sind der Meinung, daß eine andere Rangordnung der Problemlösung eingehalten und durchgesetzt werden muß.

- 1. Ein Bodenrecht im Interesse der Mehrheit der Bevölkerung, das den Städten und Gemeinden eine Nutzung für soziale Aufgaben des Wohnungsbaus und anderer Gemeinschaftsaufgaben, frei von privater Spekulation, sichert.**
- 2. Eine Finanzreform zugunsten der Städte und Gemeinden, zu Lasten der Rüstung und überhöhter Gewinne der Großunternehmen.**
- 3. Eine Gebietsreform auf der Grundlage freiwilliger Zusammenschlüsse.**

Wir forderten deshalb schon am 26.6.73 die Befragung der Bevölkerung. Unser

Antrag wurde in den Ausschuß verwiesen.

Die Mitglieder des Aktionsausschusses waren für eine solche Befragung.

Es ist an der Zeit, daß endlich Nägel mit Köpfen gemacht werden. Die Bürgerbefragung hätte schon längst durchgeführt werden müssen!

Stadtverordnetenvorsteher Oeser schlug als Termin die Zeit vor der ersten Lesung im Landtag, Anfang Mai, vor. Wir stellen unseren Antrag, etwas umformuliert, erneut zur Abstimmung. Um die Einmütigkeit nicht zu gefährden, stimmen wir der heute vorliegenden Begründung zur Ablehnung des Umlandverbandes zu, bitten aber zu Protokoll zu nehmen, daß wir dem Absatz — die Fusion betreffend — nicht zustimmen.

Liebe Leser.

Der "blickpunkt" wird in Mörfelden gern gelesen.

Oft hört man anerkennende Worte und oft steckt man uns einen Geldschein zu. Dafür bedanken wir uns herzlich.

Viele Bürger geben uns Hinweise oder schreiben Leserbriefe. Das macht den "blickpunkt" interessant und lesenswert.

Wir freuen uns über jede Unterstützung.

Die Redaktion

UZ Gutschein

Gegen Einsendung dieses Gutscheins an UZ-Landesbüro, 6 Frankfurt, Cronstettenstraße 18, erhalten Sie vier kostenlose Probeexemplare der sozialistischen Wochenzeitung „Unsere Zeit“ UZ.

Name:

Vorname:

Anschrift:



Quittung in Hamburg

Das Ergebnis der Bürgerschaftswahlen in Hamburg ist zweifellos für alle politischen Kräfte unseres Landes von Bedeutung.

Wir, die DKP, halten zunächst einmal fest: Unsere Partei ist ein Stück vorwärtsgekommen. Und das trotz des im Hamburger Wahlkampf verschärften Antikommunismus, trotz der Wahlbehinderungen, denen die DKP ausgesetzt war, trotz der Tatsache, daß die herrschenden Kreise eine ultralinke Gruppierung in den Wahlkampf geschickt haben, mit dem erklärten Ziel, der DKP Abbruch zu tun. Das Vertrauen zu unserer Partei wächst unter der werktätigen Bevölkerung und der Jugend. Und wenn es für die DKP eine unmittelbare Schlußfolgerung gibt, dann ist es die, daß wir die Bemühungen um die Vertretung der sozialen, politischen und kulturellen Interessen der arbeitenden Bevölkerung und in eben diesem Sinne auch die Bemühungen um die Erringung parlamentarischer Positionen verstärken werden.

Die SPD hat große Stimmenverluste hinnehmen müssen. Die CDU und mit Abstand auch die FDP haben beträchtlich an Stimmen und Abgeordnetenmandaten gewonnen. Es ist reine Augenschwermerei, wenn die Führung der SPD versucht, die Wahlniederlage damit zu erklären, „daß aus der politischen Großwetterlage einige Spritzer“ sie getroffen hätten oder „daß die Schwierigkeiten in der Weltwirtschaft Wählergefühle negativ beeinflußt“ hätten.

Die Wahlniederlage der SPD ist das Ergebnis der Politik der SPD-Führung und der sozialdemokratisch geleiteten Regierung, die nicht bereit waren und nicht bereit sind, dem Großkapital etwas zu nehmen, um dem arbeitenden

Volk etwas zu geben. Die Tatsache, daß sich die Führung der SPD in den Lohnfragen auf die Seite der Unternehmer schlägt, Maßhalteappelle an die Arbeiter richtet und zur gleichen Zeit dem Mietwucher, der Bodenspekulation und der schamlosen Bereicherung der Konzerne freien Raum läßt, hat unter der Bevölkerung zu tiefer Unzufriedenheit geführt. Die Feststellung unserer Partei, daß die Führung der SPD der CDU Ansatzpunkte für demagogische Täuschungsmanöver gibt, weil die SPD-Führer die Interessen der Konzerne über die Interessen der Arbeiter stellen, weil sie gegen das gemeinsame Handeln der Arbeiter mit Antikommunismus anrennen, hat sich bestätigt.

Wir, die Mitglieder der DKP, belassen es nicht bei der Warnung vor dieser Entwicklung von Teilen auch der werktätigen Bevölkerung hin zur CDU. Wir belassen es nicht bei der Warnung vor der Demagogie der CDU. Wir entlarven sie. Und wir entwickeln unsere Politik, die Politik der marxistischen Partei der Arbeiterklasse. Wir werden weiterhin mit aller Kraft der Bevölkerung unseres Landes die Alternativen unserer Partei unterbreiten.

Die Wahlen in Hamburg haben kein Problem gelöst. Mehr soziale Rechte, mehr Mitbestimmung, mehr Sicherheit, mehr Chancen für die Zukunft können nur im gemeinsamen Kampf gegen das Großkapital von Kommunisten, Sozialdemokraten, christlichen und parteilosen Werktätigen verwirklicht werden. Es dient ihren gemeinsamen Interessen, wenn die Partei gestärkt wird, die sich ausschließlich an den Interessen der werktätigen Bevölkerung orientiert, sie kompromißlos und unbestechlich auch in den Parlamenten vertritt.

Eine solche Partei in der Bundesrepublik ist allein die DKP. Die DKP ist die Alternative. Auch und gerade bei allen kommenden Wahlen.

Spendenaufwurf des Parteivorstandes der DKP

Bausteine für die Arbeiterpresse, für die UZ!

Arbeiterpresse — das ist die UZ, die Zeitung der DKP. Die Zeitung der arbeitenden Menschen. Arbeiterpresse — das sind die Betriebszeitungen, die Ortszeitungen, die Hochschulzeitungen. Herausgegeben von den Betriebsgruppen, Wohngebietsgruppen und Hochschulgruppen der DKP.

Seit dem 1. Oktober 1973 ist die UZ Tageszeitung. Sie ist erfolgreich. Erfolgreich, weil sie als einzige Tageszeitung unseres Landes kompromißlos an der Seite der arbeitenden Menschen steht. Ob es um höhere Löhne geht, um Mitbestimmung, um Kampf gegen den Mietwucher, ob es um die Solidarität mit dem vietnamesischen Volk und den chilenischen Patrioten geht, ob es um wahrheitsgemäße Informationen über die Welt des Sozialismus und um den Frieden geht — auf die UZ ist Verlaß. Sie informiert und kommentiert aus der Sicht der Arbeitenden. Sie ist das Sprachrohr der Arbeitenden. Sie ist das Kampforgan der Arbeitenden.

Macht die Arbeiterpresse stark!

Das regelmäßige Erscheinen der Betriebszeitungen, Ortszeitungen und Hochschulzeitungen der DKP muß gesichert werden. Ihr Druck kostet Geld!

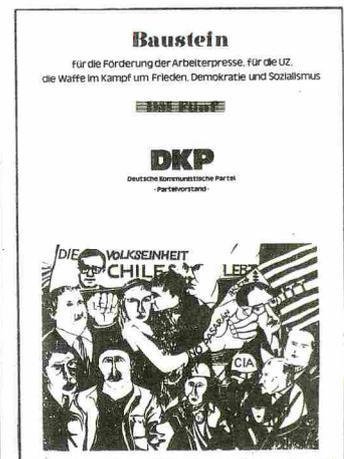
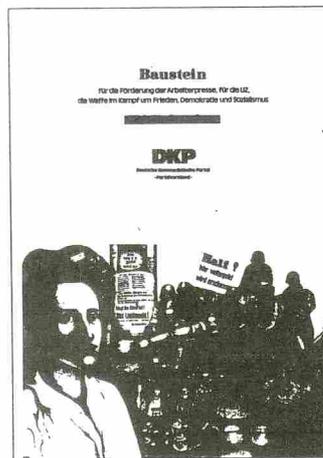
Täglich muß die UZ gedruckt werden. Der Grad ihrer Verbreitung muß vergrößert werden. Das kostet Geld!

Das Großkapital finanziert die Arbeiterpresse nicht. Für die Arbeiterpresse gibt es nur eine Finanzierung: die Solidarität!

Deshalb rufen wir auf:

Kauft Bausteine für die Arbeiterpresse, für die UZ! Macht die Arbeiterpresse stark!

Bausteine für die Arbeiterpresse gibt es für 2,— DM, 5,— DM, 10,— DM, 20,— DM, 50,— DM, 100,— DM, 500,— DM und 1000,— DM bei allen Mitgliedern, Gruppen und Vorständen der DKP.



Zehn Forderungen zum Schutz vor Krisenfolgen

Um die arbeitende Bevölkerung unseres Landes soweit wie möglich vor den Auswirkungen einer Wirtschaftskrise zu schützen, hält die DKP folgendes für geboten:

- Notwendig ist jetzt vor allem eine massive Stärkung der Massenkaukraft, weil nur so dem Absatz- und Produktionsrückgang in der Konsumgüterindustrie begegnet und einer entsprechenden Entwicklung bei der Erzeugung von Produktionsmitteln vorgebeugt werden kann.
- Notwendig ist eine aktive Lohnpolitik; Tarifierhöhungen von 15 oder 18 Prozent sind alles andere als maßlos. Die arbeitende Bevölkerung braucht derartige Lohnerhöhungen, und derartige Lohnerhöhungen sind wirtschaftspolitisch sinnvoll.
- Notwendig ist eine spürbare Steuerentlastung der Löhne und Gehälter der Arbeiter, Angestellten und Beamten sowie geringer und mittlerer Einkommen der Bauern, der Mittelschichten. Der Eingangsteuersatz ist von jetzt 19 Prozent auf 15 Prozent zu senken; die Grenze der Progression ist so heraufzusetzen, daß Löhne und Gehälter nicht erfaßt werden; die Steuerfreibeträge für Arbeiter und Angestellte sind wesentlich zu erhöhen.
- Notwendig sind Erhöhungen der Renten, der Stipendien; die Forderungen der Studenten nach Erhöhung der BAföG-Sätze sind berechtigt und müssen noch 1974 erfüllt werden.
- Notwendig ist die Ausschöpfung aller gesetzlichen Mittel für einen gezielten Preisstopp, um so der Preistreiberei der Großkonzerne entgegenzuwirken; Produktionsverlagerungen und Kapitalflucht ins Ausland sind zu verhindern.
- Notwendig ist jetzt die Orientierung auf eine antimonopolistische nationale und demo-

kratische Energiepolitik durch eine Steigerung der Steinkohleförderung, die Verstaatlichung westdeutscher Tochtergesellschaften multinationaler Ölkonzerne unter demokratischer Kontrolle sowie die Aufnahme von Direktbeziehungen zu den Förderländern, mit denen langfristige Verträge über den Import von Öl und den Export von Industrieausrüstungen abzuschließen sind.

- Notwendig ist die Ausschöpfung aller Möglichkeiten für die Ausweitung des Handels und der Kooperation mit den sozialistischen Ländern, was die Preisgabe der ständigen Versuche, Wirtschaftsbeziehungen für Zwecke politischer Erpressung zu benutzen, voraussetzt.
- Notwendig sind verstärkte öffentliche Investitionen auf dem Gebiet der Infrastruktur, das heißt vor allem auf dem Gebiet des Bildungswesens, des Gesundheitswesens und des öffentlichen Nahverkehrs; den Städten und Gemeinden ist ein höherer Anteil am Steueraufkommen zu gewähren.
- Notwendig ist eine unverzügliche Kürzung der Rüstungsausgaben um zunächst 15 Prozent, die Unterbindung der Steuerflucht ins Ausland, die Einziehung der aus Wirtschaftsverbrechen gewonnenen Profite, ist die Streichung der Milliarden-DM-Subventionen für das Großkapital.
- Notwendig ist das volle Mitbestimmungsrecht der Arbeiter und ihrer Gewerkschaften in den Betrieben und in der Wirtschaft; die produktions- und marktbeherrschenden Konzerne müssen in öffentliches Eigentum unter demokratischer Kontrolle überführt werden.

Nachdrücklich unterstrich Herbert Mies, daß diese Forderungen nur mit der geeinten Kraft der Arbeiterklasse erkämpft werden können.